

Berlin 31. Mai 2021



**Deutsch-Russländische Gesellschaft auf dem Sowjetischen Ehrenfriedhof in Lutherstadt Wittenberg**

Wie in jedem Jahr wurde in Deutschland auch im Mai 2021 in vielen Städten mit Kranz- und Blumenniederlegungen am 8. Mai der Befreiung von der Gewaltherrschaft und des Endes des Zweiten Weltkrieges und am 9. Mai des Sieges über den Faschismus gedacht. Die Gedenkfeiern in diesem Jahr brachten viele Menschen zusammen: die meisten wohl in Berlin an den Ehrenmalen im Treptower Park und im Tiergarten, zu denen der Strom der Gedenkenden den ganzen Tag nicht abriß, aber auch in Berlin-Tegel, in der Schönholzer Heide, in Lebus, Perleberg, Potsdam, in Erfurt, Leipzig, Anklam, Köln, der Lutherstadt Wittenberg...

Am 22. Juni 2021 wird des 80. Jahrestages des Überfalls Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion zum gedacht. Dazu gibt es zwei Aufrufe, die Sie in diesem Rundbrief finden.

Die Erklärung von drei weiteren deutschen Organisationen durch die russische Generalstaatsanwaltschaft zu „unerwünschten ausländischen Organisationen“ ist eine schwere Belastung für die deutsch-russischen Beziehungen. Mit dieser Einstufung müssen die Organisationen faktisch ihre Arbeit einstellen, da ihre Mitarbeiter und Partner strafrechtlich verfolgt werden können. Die Tragweite des Beschlusses auch für andere Organisationen sowie die Gegenreaktionen wie die Absage von deutsch-russischen Veranstaltungen, Konferenzen und Treffen lassen sich derzeit nur schwer abschätzen. Doch festzuhalten gilt, dass eine produktive Zusammenarbeit und Partnern zwischen Russland und Deutschland von der Offenheit und Vielfalt des gesamten

zivilgesellschaftlichen Spektrums und diese Zusammenarbeit sowohl durch das sogenannten Agentengesetz wie durch die Einstufung von zivilgesellschaftlichen Organisationen als „unerwünschte ausländische Organisationen“ beschädigt wird.

In der Rundmail finden Sie die Erklärung des Vorstandes des Petersburger Dialoges sowie weitere Links

## **80. Jahrestag des Überfalls Deutschlands auf die Sowjetunion**

### **„Hört auf damit“ – Appell der Zivilgesellschaft anlässlich des 80. Jahrestages des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941**

Mit Blick auf den bevorstehenden 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion und die anstehende deutsch-russische Städtepartnerkonferenz im russischen Kaluga vom 28. -30. 6. haben einige zivilgesellschaftliche Organisationen und Einzelpersonen unter der Überschrift „Hört Auf“ einen etwas umfangreicheren Appell formuliert und vorgelegt. Dieser enthält auch Infos für die politische Diskussion und Argumentation, daher ist der Text etwas umfangreicher als für solche Appelle üblich. Die Initiatoren freuen sich über Ihre Unterstützung, Weiterverbreitung und Unterzeichnung als Person und/oder Organisation. Sie finden, dass es mit der russophoben Hetze und dem Kriegsgeschrei hierzulande reicht und dem etwas entgegengesetzt werden muss!

Dieser Text wurde von Mitgliedern und Verantwortlichen der nachfolgenden Vereine und Organisationen mit der Bitte um weitere Unterzeichnerinnen und Unterzeichner vorbereitet bzw. unterstützt:

Deutsch-Russische Freundschaftsgesellschaft in Thüringen e. V., Dr. Martin Kummer, Vorsitzender  
Deutsch-Russische Gesellschaft Ettlingen e. V., Gerhard Laier, Vorsitzender  
Deutsch-Russische Gesellschaft Pforzheim u. Enzkreis e. V.), Katharina Leicht, Vorsitzende  
Deutsch-Russländische Gesellschaft Wittenberg e.V., Dr. Heinz Wehmeier, Vorsitzender  
Freundeskreis Baden-Baden/ Jalta (Krim), Gérard und Uta Ell  
Freundeskreis Heidelberg-Simferopol e.V., Magdalena Melter, Vorsitzende  
West-Ost-Gesellschaft in Baden- Württemberg e.V., Jörg Tauss, Vorsitzender  
West-Ost-Gesellschaft Schwäbische-Alb e.V., Joachim Claus, Vorsitzender  
Deutsch-Russische Gesellschaft Kiel, Frieder Möller, Vorsitzender  
Bremer Friedensforum, Eckehard Lenz, Sprecher

Hier finden Sie den [Link zum Appell](#). Die Initiatoren freuen sich über Ihre Unterstützung, Weiterverbreitung und Unterzeichnung als Person und/oder Organisation.

## **Aufruf: Lasst uns Frieden stiften**

Sehr geehrte Damen und Herren, Liebe Kolleginnen und Kollegen

Am 21./22.06.2021 jährt sich zum 80. Mal der Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion.

Dies ist ein Tag des Erinnerns und Gedenkens mit vielen aktuellen Implikationen. Wir wollen mit einer großen Zeitungsanzeige in der russischen Zeitung „Kommersant“ an diesen Tag der Trauer und der Scham erinnern sowie für Kooperation und Verständigung zwischen unseren Völkern werben.

In Zeiten höchster politischer Spannungen gerade mit der heutigen Russischen Föderation wollen wir unsere besondere Verantwortung in einer weithin sichtbaren Anzeige deutlich ausdrücken. Sie finden den Text der Anzeige beigefügt, der von Reiner Braun, Adelheid Bahr, Peter Brandt, Daniela Dahn, Martin Hoffmann, Michael Müller, Matthias Platzeck und Antje Vollmer initiiert wurde.

Wir bitten hierfür um Ihr Engagement. Ihre Unterschrift zählt! Bitte senden Sie eine kurze Mail an [info@ipb.org](mailto:info@ipb.org) mit dem Stichwort „21. Juni 2021“.

Wir würden uns über eine Unterstützung von Euro 20,00 (Mindestbeitrag) freuen. Bitte überweisen Sie den Betrag mit dem Stichwort „Anzeige 21. Juni 2021“ auf das folgende Konto:  
Unterstützung des Internationalen Friedensbüros e.V. IBAN: DE23 1005 0000 0190 6331 58  
BIC (SWIFT): BELADEVXXX Bank: Berliner Sparkasse  
Vielen Dank für Ihre Unterstützung. Lassen Sie uns am 21./22.06.2021 ein Zeichen für Frieden und Entspannung setzen.

Mit freundlichen Grüßen  
Reiner Braun, Direktor des Internationalen Friedensbüros (IPB)  
Martin Hoffmann, Geschäftsführer des Deutsch-Russischen Forums

Den Aufruf im Wortlaut finden Sie [hier](#).



### **Auszeichnung für BDWO-Arbeitskreis 8. Mai**

Anlässlich des 76. Jahrestages des Sieges der Roten Armee im Großen Vaterländischen Krieg verlieh der Botschafter der Russischen Föderation in Deutschland Sergej Netschajew russischer Veteranen, Blockade-Überlebenden und minderjährigen KZ-Häftlingen am 5. Mai 2021 im Russischen Haus der Wissenschaft und Kultur in Berlin Urkunden und Jubiläumsmedaillen. Im Rahmen dieser Zeremonie überreichte der Botschafter den Sprechern des Arbeitskreises 8. Mai BDWO e.V. eine Urkunde mit der Unterschrift des Präsidenten der Russischen Föderation und die Jubiläumsmedaille „75 Jahre des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg 1941-1945“ – eine Ehrung und Auszeichnung für die Arbeit aller Mitglieder des Arbeitskreises und des BDWO e.V.

Mehr Information: <https://ak8mai.bdwo.de/aktuelles>

### **„Unerwünschte ausländische Organisationen“**

Am 26. Mai hat die russische Generalstaatsanwaltschaft drei deutsche zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich seit Jahren in der Zusammenarbeit mit Russland und russischen Partnern engagieren, zu „unerwünschten ausländischen Organisationen“ erklärt, da ihre Aktivitäten „die Grundlagen der verfassungsmäßigen Ordnung und Sicherheit der Russischen Föderation gefährden“: den Deutsch-Russischen Austausch, das Zentrum Liberale Moderne und das „Forum Russischsprachiger Europäer“. Bereits seit einiger Zeit wird darüber hinaus die aus Deutschland initiierte „Europäische Plattform für demokratische Wahlen“ (EPDE) als „unerwünscht“ geführt. Alle drei Organisationen haben ihren Sitz in Berlin. Das Zentrum Liberale Moderne bezeichnet sich selbst als Thinktank für Demokratie, Freiheit und Weltoffenheit. Der Deutsch-Russische Austausch ist aktiv im Schüleraustausch, führt seit Jahren Freiwilligendienste zusammen mit einer Partnerorganisation in St. Petersburg sowie Bildungsreisen und Inklusionsprojekte durch und ist in der Städtepartnerschaft Berlin-Moskau engagiert. Das Forum Russischsprachiger Europäer widersetzt sich laut seiner Webseite der Politik des Kremls, die Interessen russischsprachiger Menschen im westlichen Ausland zu vereinnahmen.

Die Bundesregierung kritisierte diese Entscheidung und der Bundesaußenminister forderte Russland auf, die Einstufung der drei Vereine als „unerwünschte Organisationen“ rückgängig zu machen. Vertreter der Zivilgesellschaften müssten ihrer Tätigkeit nachgehen können, ohne kriminalisiert zu werden.

Der Vorstand des Petersburger Dialogs, in dem drei Vertreter der o.g. Organisationen Mitglied sind, hat in seiner Erklärung vom 27. Mai 2021 die bilaterale Vorstandssitzung vom 8. und 9. Juli 2021 in Moskau abgesagt, da eine Spaltung des Petersburger Dialogs in „erwünschte“ und „unerwünschte“ Mitglieder und Organisationen nicht akzeptabel ist.

Hier finden Sie links zu den Organisationen, Erklärungen und Presseartikeln

[Deutsch-Russischer Austausch](#)

[Zentrum Liberale Moderne](#)

[Forum russischsprachiger Europäer](#)

[Interfax.com](#)

[Interfax.ru](#)

[Außenminister Maas zum Betätigungsverbot gegen drei deutsche Zivilgesellschaftsorganisationen in Russland](#)

[Erklärung des Vorstands des Petersburger Dialogs e. V. vom 27. Mai 2021](#)

[Artikel zum Zentrum Liberale Moderne](#) auf Telepolis

## **Arbeitskreis Belarus**

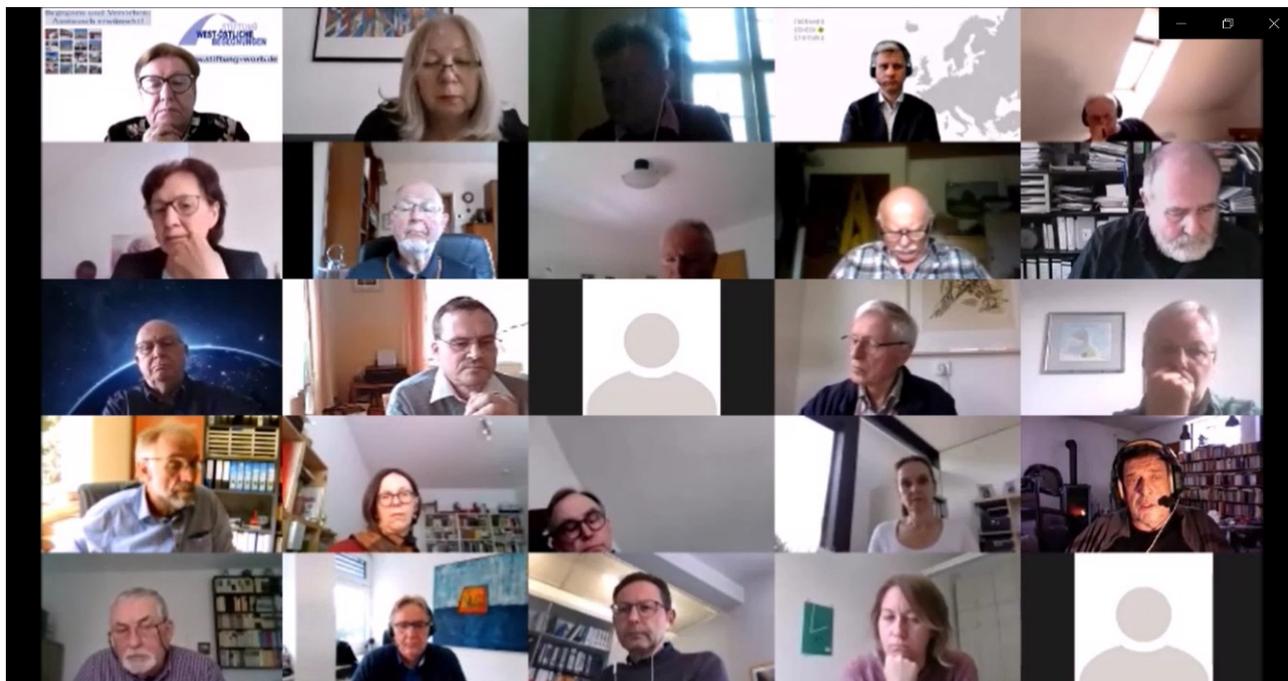
### **1. Online-Forum Deutsch-Belarussischen Städtepartnerschaften**

Am 18. Mai 2021 fand das 1. Online-Forum Deutsch-Belarussischen Städtepartnerschaften, veranstaltet von der Stiftung West-Östliche Begegnungen und dem Bundesverband Deutscher West-Ost-Gesellschaften statt.

Im März 2020 sollte die 11. Deutsch-Belarussische Städtepartnerschaftskonferenz im belarussischen Brest durchgeführt werden, die leider aufgrund der damaligen Corona-Situation kurzfristig abgesagt werden musste, seitdem hält die Pandemie alle Aktivitäten fest im Griff. Seit August 2020 gibt es zudem breite Proteste gegen die offiziellen Ergebnisse der Präsidentschaftswahl. Verschiedene auch kontroverse Emails von NRO kursieren an Partnerstädte wie Vereine, Unsicherheiten bestehen bei Städten zu ihren bestehenden kommunalen Partnerschaften und der aktuellen nicht nur politischen sondern auch pandemiebedingten Lage in Belarus. Der direkte Austausch und internationale Begegnungen sind augenscheinlich fast zum Erliegen gekommen. Es gibt aber auch Wünsche, Kontakte wiederzubeleben und bestehende zu vertiefen. So war an der Zeit, gemeinsam eine Bestandsaufnahme zum gegenwärtigen Stand der deutsch-belarussischen Städtepartnerschaften in der doppelt belasteten aktuellen Situation vorzunehmen sowie aktuelle Informationen und Perspektiven, auch für die Deutsch-Belarussische Städtepartnerschaftskonferenz auszutauschen. Am Onlineforum nahmen Teilnehmer aus Stadtverwaltungen, Vereinen, Institutionen aus etwa 20 Städten teil, um sich über funktionierende Projekte und Formate von Austausch und Zusammenarbeit sowie öffentliche und private Fördermöglichkeiten in politisch bewegten und Zeiten der Pandemie., die Partnerschaften mit Belarus pflegen, auszutauschen. In einer Runde mit Kurzberichten zum aktuellen Stand der Städtepartnerschaften und aktuellen sowie in 2020 durchgeführten Projekten

zeigte sich, dass es bei allen Problemen doch einen Austausch mit den belarussischen Partnern gibt und auch ein Interesse besteht die Zusammenarbeit fortzuführen bzw. auszuweiten.

Nach dem allgemeinen Austausch informierte Dr. Astrid Sahn (IBB) über die aktuelle Lage in Belarus und welche Möglichkeiten es gibt. Einig waren sich die Teilnehmer, dass die Foren des Austausch sowohl in virtueller als auch in Präsenzform fortgesetzt werden sollen.



An der Zoom-Konferenz nahmen Aktive aus etwa 20 Städten teil, die sich in den deutsch-belarussischen Städtepartnerschaften auch in der Zeit der Pandemie aktiv engagieren

## Zuschrift der „Belarussischen Gemeinschaft RAZAM e.V.“

Sehr geehrter Herr Franke,

mit großem Erstaunen haben wir die im Rundbrief des Bundesverbandes Deutscher West-Ost-Gesellschaft e.V. vom 8. Februar an die Stadt Esslingen gerichteten Äußerungen seitens des Herrn Tauss zur Kenntnis genommen und möchten hierzu wie folgt Stellung nehmen:

1. Bei Razam e.V. handelt es sich keineswegs um eine Vertretung der belarussischen Opposition, sondern um eine Bürgerinitiative, die die demokratische Bewegung in Belarus unterstützt.
2. Es geht uns nicht, wie von Herrn Tauss behauptet, um die Symbolik an sich, sondern um eine Solidaritätsmaßnahme, die einzig und allein darauf gerichtet ist, die Aufmerksamkeit der Zivilbevölkerung in Deutschland auf die fortdauernden Repressionen und das diktatorische Regime in Belarus zu richten. Inwiefern solche Aktionen die „Städtepartnerschaften überfordern sollen“ bleibt demnach unklar.
3. In keinem unserer Schreiben haben wir von „Behördentourismus“ gesprochen und erst recht nicht die bisherigen Tätigkeiten der Partnerstädte diskreditiert. Wir betonen an dieser Stelle erneut, dass es hier nicht um die Opposition, sondern um Unterstützung demokratischer Bewegung geht. Unser Schreiben an die Partnerstädte haben wir in der Anlage beigefügt, damit Sie sich selbst ein Bild davon machen können.

Unser Verein hat seit August 2020 viele Projekte ins Leben gerufen und unsere Tätigkeit ist einzig und allein darauf gerichtet, den Menschen in und aus Belarus zu helfen. Über die Einzelheiten können Sie sich gerne auf unserer Webseite <https://razam.de> informieren. Herr Tauss verkennt, dass es um wesentlich mehr als nur die EU-Hilfen in Belarus geht und es ist erstaunlich, dass er die einzelnen Schicksale offenbar für unwichtig erachtet. Wir haben bis zum heutigen Zeitpunkt mit über 30.000 willkürlich festgenommen, 400 gefolterten Personen und 377 politischen Gefangenen in Belarus zu

tun. Und wir setzen uns dafür ein, möglichst jeden Hilfesuchenden zu unterstützen. Polizeigewalt ist bei weitem nicht das einzige Problem in Belarus, das Herr Tausch nur beiläufig erwähnt. Wir hoffen, dass die Unstimmigkeiten hiermit geklärt werden konnten und stehen Ihnen für Rückfragen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

Priv.-Doz. Dr.-habil. Dmitry Chigrin, Witten, RAZAM e.V.

## Ausschreibungen

### **Förderprogramm für Deutschlehrkräfte aus Osteuropa**

In Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut und unter der Schirmherrschaft von Johann Saathoff, Koordinator für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und die Länder der Östlichen Partnerschaft im Auswärtigen Amt schafft die Eberhard-Schöck-Stiftung mit dem Programm „DeutschLAND intensiv. Sprach- und Landeskunde für Deutschlehrkräfte aus Osteuropa“ im Sommer erstmals ein Fortbildungsangebot für Deutschlehrer und -dozenten aus ihren Partnerländern Russland, Georgien, Moldau und Ukraine. Die zweiwöchige Online-Veranstaltung im Zeitraum 9.-20. August 2021 umfasst, neben einem Intensivsprachkurs vom Goethe-Institut Schwäbisch Hall (Mo-Fr, 8.30-10 Uhr), verschiedene Treffen mit deutschen Experten zu sprachlichen, landeskundlichen und kulturellen Themen (Mo-Fr, 14-15.30 Uhr).

Bewerben können sich Deutschlehrkräfte von staatlichen allgemeinbildenden Schulen, Berufsschulen und Universitäten aus den Partnerländern der Eberhard-Schöck-Stiftung (Russland, Moldau, Georgien, Ukraine) die bisher keine/wenig Möglichkeit hatte Deutschland zu besuchen und mit Muttersprachlern in Kontakt zu kommen. Die Teilnahme ist kostenfrei, ein stabiler Internetzugang mit Kamera und Mikrofon wird benötigt. Die Teilnehmer erhalten zum Abschluss eine Teilnahmebescheinigung vom Goethe-Institut und der Eberhard-Schöck-Stiftung.

Wenn Sie Interesse an einer Teilnahme haben, schicken Sie bitte Ihre Bewerbungsunterlagen (Motivationsschreiben in deutscher Sprache mit tabellarischem Lebenslauf und eine Bescheinigung Ihres Arbeitgebers über die Tätigkeit als Deutschlehrkraft) per E-Mail an unseren Projektleiter Herrn Marcel Blessing-Shumilin ([marcel.blessing-shumilin@schoeck.de](mailto:marcel.blessing-shumilin@schoeck.de)), der Ihnen für Rückfragen gerne zur Verfügung steht. Die Auswahlgespräche werden im Juli durchgeführt. Einsendeschluss ist 30.06.2021.

#### [Ausschreibung](#)

#### [Ausschreibung Russisch](#)

#### [Ausschreibung Ukrainisch](#)

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:  
Marcel Blessing-Shumilin  
Projektleiter

Eberhard-Schöck-Stiftung  
Vimbucher Str. 2  
76534 Baden-Baden  
Telefon: +49 7223 967-154  
Telefax: +49 7223 967-373  
Mail: [marcel.blessing-shumilin@schoeck.de](mailto:marcel.blessing-shumilin@schoeck.de)

## BDWO-Projekte

### Abgeordnete der LINKEN spenden für Projekt "Djamila - ein Rolli-Bus für Kirgisistan"



Foto von der Scheckübergabe (v.r.n.l. Mario Rödel, Maryia Rudz, Botschafter Erlan Abdyl daev, André Nowak, André Hahn, Peter Halle)

1.000 Euro spendeten die Bundestagsabgeordneten der LINKEN für das Projekt „Djamila - ein Rolli-Bus für Kirgisistan“. Gern habe ich den symbolischen Scheck an das Team Djamila (siehe Foto) im Beisein des Botschafters der Republik Kirgisistan, Erlan Abdyl daev, überreicht“, erklärt der Bundestagsabgeordnete Dr. André Hahn, stellv. Vorsitzender der Fraktion und sowie der Deutsch-Zentralasiatischen Parlamentariergruppe. Hahn weiter: „Während meiner Reise nach Kirgisistan im September 2018 anlässlich der 3. Welt-

Nomadenspiele konnte ich mich bei einem Treffen in Bischkek mit dem Vorsitzenden von KROI, Schukurbek Kuchkachow, selbst über

die Situation von Menschen mit Behinderungen in Kirgisistan und die Arbeit des Behindertenverbandes informieren. Umso mehr freue ich mich, dass der Bundesverband Deutscher West-Ost-Gesellschaften e.V. (BDWO) und der Allgemeine Behindertenverband in Deutschland ‚Für Selbstbestimmung und Würde‘ e.V. (ABiD) dem Kirgisischen Behindertenverband (KROI) mit seinen 22.000 Mitgliedern einen für die Beförderung von Rollstuhlfahrern und weiteren Menschen mit Behinderungen geeigneten Kleinbus spenden wollen. Der ABiD führt seit vielen Jahren einen kontinuierlichen Erfahrungsaustausch mit Behindertenorganisationen in Russland sowie allen Staaten Zentralasiens und der östlichen Partnerschaft, bei dem die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Mittelpunkt steht, um auch Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben und umfassende Teilhabe in einer Gesellschaft ohne Barrieren zu ermöglichen. Da diese Arbeit vor allem durch das ehrenamtliche Engagement meines Büroleiters André Nowak erfolgt, der nun auch das Djamila-Projekt initiierte und leitet, weiß ich sehr gut, wie wichtig und hilfreich es ist, dass auch Menschen mit Behinderungen und ihre Organisationen über nationale Grenzen hinweg zusammenarbeiten, und unterstütze daher im Rahmen meiner Möglichkeiten diese zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit sehr gern.

Gut finde ich auch die Idee, den Rolli-Bus mit weiteren Sachspenden zu beladen und in einer Road-Show "Für eine Welt ohne Barrieren!" von Berlin über Warschau, Minsk, Moskau, Samara und Almaty nach Bischkek zu überführen. Herzlichen Dank auch an meinen Kollegen Johann Saathoff (SPD), der als Koordinator für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft die Schirmherrschaft für das Projekt übernommen hat. Ich hoffe, dass das Projekt noch mehr Unterstützung erfährt und erfolgreich realisiert werden kann.“

Mehr Infos gibt es unter [www.djamila-bdwo.de](http://www.djamila-bdwo.de).

### **Diskussion „Djamila - ein Rolli-Bus für Kirgisistan“**

Im Vorfeld des Europäischen Protesttages zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen am 5. Mai 2021 fand am 3. Mai 2021 in der Botschaft Kirgisistans unter Teilnahme des kirgisischen Botschafters Erlan Abdyl dajew, Peter Franke, Vorsitzender des Bundesverbandes Deutscher West-Ostgesellschaften, Marcus Graupner, Vorsitzender des Allgemeinen Behindertenverbands in Deutschland (ABiD), André Nowak, Büroleiter des Abgeordneten André Hahn der Fraktion Die Linke im Bundestag und zuständig für die Koordination der Arbeit der Behindertenverbände im postsowjetischen Raum, Julia Marmulla, Expertin für barrierefreien Tourismus, und Tino Eisbrenner, Musiker, eine Gesprächsrunde zum Thema „Eine Welt ohne Barrieren“ und zum Projekt „Djamila – ein

Rolli-Bus für Kirgisistan“ statt. Moderiert wurde die Diskussion von Siegurd Seifert. Und auch wenn es mit der angekündigten YouTube-Übertragung nicht klappte, so konnte und kann die Gesprächsrunde über Facebook verfolgt werden.

<https://www.facebook.com/Djamila.BDWO/videos/490453795428150>

## **Enthüllung neuer Rachmaninow-Gedenktafel in Dresden**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

Wir möchten Sie zur feierlichen Enthüllung der neuen Gedenktafel an der Mauer des ehemaligen „Fliederhofs“, einer Villa, in der auch Sergej Rachmaninow mehrfach zu Gast war (<https://drki.de/?p=7422>), einladen. Leider wurde die alte Tafel, die seit 2010 an diesem Ort zu sehen war, im Jahr 2015 gestohlen, doch dank dem Deutsch-Russischen Kulturinstitut und der ehemaligen Ausländerbeauftragten der Stadt Dresden wird die Tafel ersetzt.

Veranstalter: Deutsch-Russisches Kulturinstitut e.V.

ORT: Goetheallee 26, 01309 Dresden

DATUM: **05.06.2021 um 15 Uhr**

Mitwirkende: Berliner Komponist Karol Borsuk (Violine), Michelle Semenow (Saxophon)

Anschließend laden wir Sie herzlich zu einem Gesangs- und Klavierkonzert in den Garten des Deutsch-Russischen Kulturinstituts e.V. ein. Das Institut befindet sich in der Zittauer Str. 29, 01099 Dresden. Die Pianistin Natalia Nikolaeva-Scheffler und die Sängerin Anna Palimina erfreuen uns dort mit Werken von Sergej Rachmaninow.

Voraussichtlicher Anfang des Konzertes: 17.30 Uhr.

Wir bitten um Voranmeldung unter [drkidresden@drki.de](mailto:drkidresden@drki.de) oder per Tel. 0351-8014160. Sollten die Corona-Einschränkungen weiterhin gelten, und uns damit die öffentliche Veranstaltung im Deutsch-Russischen-Kulturinstitut nicht möglich sein wird, findet das Konzert als Online-Event statt.

Wir freuen uns auf Ihr Kommen!

Dr. Wolfgang Schälike, Vorstandsvorsitzender des DRKI e.V.

Marita Schieferdecker-Adolph, Ausländerbeauftragte a. D.

[www.drki.de](http://www.drki.de)

## **XVI. Deutsch-Russische Städtepartnerkonferenz**

Bei der XVI. Deutsch-Russischen Städtepartnerkonferenz, die vom 28. bis 30. Juni 2021 in Kaluga stattfindet, werden vom BDWO zwei Arbeitsgruppen betreut bzw. organisiert:

### **AG 3 Inklusion und Teilhabe**

[Beschreibung](#)

### **Рабочая группа 3 Инклюзия и участие**

[„Инклюзия и участие в жизни общества людей с инвалидностью и пожилых“](#)

## Trauer um Helmut Domke



Tief betroffen hat uns die Nachricht, dass Dr. Helmut Domke, Ehrenvorsitzender der Stiftung West-Östliche Begegnungen, völlig unerwartet und plötzlich am 16. Mai 2021 verstorben ist.

Am 11. Juni 1943 in Schönau (Westpreußen) geboren legte Helmut Domke sein Abitur 1961 an der Oberschule Bad Wilsnack ab und studierte danach Physik an der Universität Rostock. Vom September 1966 bis zum Mai 1990 arbeitete er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Astrophysikalischen Institut der Akademie der Wissenschaften der DDR in Potsdam. Im Jahre 1967 absolviert er ein einjähriges Postgraduiertenstudium am Astronomischen Observatorium der Universität Leningrad. Als externer Aspirant promoviert Helmut Domke 1972 an der Mechanisch-Mathematischen Fakultät der Universität Leningrad mit seiner Arbeit „Перенос поляризованного излучения“ („Transport polarisierter Strahlung“) und habilitiert 1982 an der Akademie der Wissenschaften.

Früh engagiert sich Helmut Domke in der Evangelischen Kirche. So ist er Vertrauensstudent in der Evangelischen Studentengemeinde in Rostock.

Zwischen 1978 und 1990 war er synodales Mitglied der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR.

Im Zuge der Regierungsbildung nach den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 wird Helmut Domke als Parteiloser von Ministerpräsident Lothar de Maizière zum Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR ernannt. Er übernimmt als Staatssekretär den Bereich Abrüstung sowie die Zusammenarbeit mit der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE). Diese Funktion hatte er von Mai bis Oktober 1990 inne und er war als Co-Vorsitzender der damaligen gemischten Kommission für Fragen der Stationierung der sowjetischen Streitkräfte und an der Ausarbeitung der Texte bei den Zwei-plus-vier-Verhandlungen beteiligt, dabei soll er sich für das vereinte Deutschland als atomwaffenfreie Zone ausgesprochen haben. Darüber hinaus nahm er an den Verhandlungen über den Einigungsvertrag teil.

Nach der deutschen Einheit war er von November 1990 bis September 1994 als Staatssekretär der Bevollmächtigte des Ministerpräsidenten für sowjetische Streitkräfte und Konversion im Land Brandenburg. Domke begleitete den Abzug der ehemals 545000 sowjetischen Soldaten und zivilen Beschäftigten der „Westgruppe der Truppen“ nebst Angehörigen von mehr als 324 Liegenschaften. Von September 1994 bis Juni 2008 war Helmut Domke in der Brandenburger Landesregierung als Referatsleiter für die Beziehungen des Landes Brandenburg zu Mittelosteuropa und die Entwicklungszusammenarbeit zuständig.

Von Oktober 2004 bis September 2017 war Dr. Helmut Domke Vorsitzender des Vorstandes der Stiftung West-Östliche Begegnungen. In die Zeit seines Vorsitzes fällt u.a., dass Engagement der

Stiftung mit Blick auf die Städtepartnerschaftskonferenzen mit Russland und Belarus sowie die Durchführung der ersten Partnerschaftskonferenzen der deutschen und ukrainischen Städte. Durch die Stiftung wurde in dieser Zeit insbesondere erste Anstrengungen für die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in die Konferenzen eingebracht. In den letzten Jahren hatte sich Dr. Domke vor allem den Fragen des Gedenkens und der Erinnerung an den zweiten Weltkrieg gewidmet sowohl durch die Gestaltung von Arbeitsgruppen bei den verschiedenen Städtepartnerschaftskonferenzen als auch bei Sitzungen der AG Zivilgesellschaft des Petersburger Dialoges. Auch die Vernetzung von Behindertenorganisationen im gesamten postsowjetischen Raum unterstützte die Stiftung in der Zeit seines Vorsitzes.

Wir werden Helmut Domke und sein Engagement für die Verständigung und Partnerschaft mit den Ländern des postsowjetischen Raums in lebendiger Erinnerung erhalten. Seiner Familie, Angehörigen und Freunden gilt unser tief empfundenes Mitgefühl.

## **BDWO-Termine**

12.06. (Sa.)	Vorstandssitzung 13:30 (online)
11.09. (Sa.)	Mitgliederversammlung (Präsenz Berlin)

Die **BDWO-Rundbriefe** sind jetzt auf unserer Webseite veröffentlicht:  
<https://bdwo.de/index/rundbriefe.htm>

Mit besten Grüßen aus Berlin!  
Oksana Kogan-Pech, Peter Franke